

und -orthodoxen Streit um das Verständnis von Kirche und Lehre; in Pflege und Ausbau ökumenischer Zusammenarbeit sowohl in den Ländern Europas, wo sie inzwischen Tradition hat wie dort, wo sie erst mühsam in Gang kommen muß. *ru*

## Hoffnungszeichen

### Die demokratische Amtsenthebung des brasilianischen Präsidenten

Eine Nacht lang Sambarhythmen, Hupkonzerte und Feuerwerk in Brasiliens Straßen – es war ein riesiges Volksfest, Karneval. In vielen anderen Städten wiederholten sich die Szenen. Als Hoffnungszeichen feierten Hunderttausende die mit großer Mehrheit am 30. September erfolgte Zustimmung der brasilianischen Abgeordnetenkammer zum Absetzungsverfahren („impeachment“) gegen den in Korruption verstrickten Präsidenten *Fernando Collor de Mello*. Für die Feiernden war dieses Absetzungsverfahren auf ausschließlich demokratischen Wegen ein Zeichen des Durchbruchs, eines Etappensieges der jungen Demokratie. Verfassungsorgane und demokratische Institutionen haben ihre Funktionsfähigkeit unter Beweis gestellt. Daß der noch ausstehende Senatsspruch die Entscheidung der ersten Kammer nicht bestätigen werde, daran scheint wirklich nur noch Collor selbst zu glauben.

Zum Hoffnungszeichen wurde das Geschehen – Korruption an höchster Stelle angeprangert und verfolgt – auch über die brasilianischen Landesgrenzen hinaus. Der Blick auf die Demokratien in unmittelbarer Nachbarschaft Brasiliens ist desillusionierend genug: Im durch Terror und Gewalt zermürbten Peru hat Präsident *Alberto Fujimori* per Staatsstreich von oben das Parlament nach Hause geschickt. Beim Nachbarn Venezuela hat das Parlament seinem Präsidenten *Carlos Andrés Pérez* Auslandsreisen verboten, da quasi täglich eine Wiederho-

lung des Putschversuches im Februar befürchtet wird. Dazwischen liegt Kolumbien, wo Präsident *Cesar Gaviria* von Drogenbossen in Luxusgefängnissen vorgeführt wird.

In Brasilien demonstrierte das Volk über Wochen und Monate hinweg – brasilianisch kreativ und originell –, daß es nicht weiter Opfer von Korruption und permanentem Machtmißbrauch sein will. Die *Medien* übernahmen zum großen Teil die keineswegs selbstverständliche Rolle des unabhängigen Kritikers. Gewohnheitsmäßig unauffällig gehorchende kleine Angestellte und Beamte bewiesen als Zeugen im Untersuchungsverfahren in aller Öffentlichkeit Zivilcourage. Daß ausgerechnet der Bruder des Präsidenten den Stein ins Rollen brachte, stellt zumindest einen Bruch mit „guter, alter“ Tradition dar; haben doch gerade Familiensolidarität und Sippenzusammenhang die brasilianischen „Eliten“ im Kampf um die ungeteilte Macht stark gemacht.

Vor allem aber übte sich das *Militär* – wenn auch vielleicht stärker durch eine realistische Einschätzung der Malaise des Landes als durch demokratische Grundüberzeugungen motiviert – in neutraler Zurückhaltung. Hoffnungsvoll kommentierte auch der Erzbischof von Bahia, Kardinal *Lucas Moreira Neves*, die Überwindung der Regierungskrise ohne Gewalt und Einmischung des Militärs als Zeichen von „Reife und Verantwortungsbewußtsein“.

Zum ersten Mal in der Geschichte Lateinamerikas wurde ein Präsident durch ein demokratisches Verfahren amtsenthoben. Jedoch war Collor auch das erste frei vom Volk gewählte Staatsoberhaupt der neuen brasilianischen Republik, nachdem *José Sarney* als designierter Vizepräsident des noch vor der Amtsübernahme verstorbenen *Tancredo Neves* zum Präsidenten ernannt worden war. Sicherlich haben die Befürworter eines parlamentarischen Regierungssystems in Brasilien mit der jüngsten Krise Auftrieb bekommen. Im nächsten Jahr soll in einem Referendum das traditionell paternalistisch geprägte *Präsidialsystem* zur Abstimmung stehen.

Umfrageergebnisse haben im Sommer dieses Jahres gezeigt, daß immerhin 54 Prozent der Brasilianer die Einführung eines parlamentarischen Regierungssystems begrüßen würden.

Ist es wirklich gerechtfertigt von einem Etappensieg auf dem Weg zu einem „neuen Brasilien“ zu sprechen? Schon am Tag der spektakulären Parlamentsentscheidung haben Beobachter und Kommentatoren Fragezeichen gesetzt – teils mit dem Hinweis auf die Gesamtsituation im größten lateinamerikanischen Staat, teils mit nüchternem und nur sehr verhalten optimistischem Blick auf den Nachfolger Collors, den Interimspräsidenten für sechs Monate, *Itamar Franco*. Bei dem bis dato den meisten Brasilianern unbekanntem Vizepräsidenten fürchten die Kenner der Politszene seinen Ruf als Nationalist. Die um die Fortsetzung der von Collor eingeleiteten Privatisierung und Liberalisierung besorgten Wirtschaftskräfte fürchten dagegen den Franco nachgesagten Hang zu staatlichen Eingriffen. Nur mühsam gelang es ihm, nach fast einwöchigen Verhandlungen, mit den Vertretern diverser Parteien eine Regierung des „consenso nacional“ zu bilden.

Skeptiker mißtrauen sehr viel grundsätzlicher dem durch gemeinsame Gegnerschaft entstandenen Bündnis zwischen den demonstrierenden Massen und der politischen Opposition. Denn die Amtsenthebung war auch die Stunde der Opportunisten. Recht unverhohlen begann gleich nach der Enthebung Collors das Feilschen um Ministerposten. Um die enorme Distanz zwischen der Bevölkerung und den politischen Institutionen zu überwinden, sind oder wären jetzt besonders die Parteien angefragt, die in Brasilien ohne wirkliche Ideologie oder Tradition meist als personalistische Wahlvereine gelten. Von der Kritik ausgenommen wird dabei nur die „Arbeiterpartei“ des *Luis da Silva*.

Die Tatsache, daß eine so schwere Regierungskrise auf von der Verfassung legitimierten Wegen gelöst wurde und daß versucht wurde, den Sumpf der Korruption ausgerechnet an so prominenter Stelle trocken-zulegen, bleibt bei aller Skepsis dennoch

ein Hoffnungszeichen. Zumindest für die große Mehrheit der Brasilianer, die es sich gar nicht leisten kann, nicht auf ein neues Brasilien zu hoffen. Deutliches Zeichen müßte die Reaktion in den Straßen Brasílias in jedem Fall auch allen Verantwortlichen sein, die wissen, wie schnell aus Karneval massive Unruhen werden können. fo

## Problemanzeige

*Was meint Glaubenssinn des Gottesvolkes heute?*

Die *Erneuerung des katholischen Kirchenverständnisses* durch das vor dreißig Jahren eröffnete Zweite Vatikanum zeigt sich nicht zuletzt am Hinweis des Konzils auf den „sensus fidei“, den Glaubenssinn des ganzen Gottesvolkes, wie er sich im zwölften Artikel der Kirchenkonstitution „Lumen Gentium“ findet. Wie die Neueignung des „gemeinsamen Priestertums der Gläubigen“ im Artikel zehn der Kirchenkonstitution ist auch die Rede vom Glaubenssinn des Gottesvolkes ein wichtiges Indiz für die Korrektur einer einseitig am hierarchisch gegliederten Amt, vor allem am Papstamt, orientierten Lehre von der Kirche: Der Glaube der Kirche ist nicht einfach eine festumrissene Größe, die vom Lehramt den Gläubigen als der „hörenden Kirche“ von oben nach unten übermittelt wird, sondern alle Glieder der Kirche haben am prophetischen Amt Jesu Christi teil, wirken auf ihre Weise bei der produktiven Aneignung und Weitergabe des überlieferten Glaubensgutes mit.

Kurz vor dem dreißigjährigen Jubiläum der Konzileröffnung befaßten sich jetzt die *deutschsprachigen Dogmatiker und Fundamentaltheologen* bei ihrer Tagung in Augsburg mit dem „sensus fidei“ bzw. „fidelium“. Dabei zeigte sich, daß viele Fragen und Probleme, die in der katholischen Kirche nicht nur, aber gerade auch der deutschsprachigen Länder derzeit die Gemüter bewegen, einen Bezug zum Thema Glaubenssinn des Gottesvolkes haben: Die Liste reicht von der

Forderung nach einer demokratischen Kultur in der Kirche über die Probleme im Verhältnis von Theologie und Lehramt bis zur Frage, inwieweit Frauen ihre Erfahrungen und Sichtweisen ins kirchliche Leben einbringen können; die Kluft zwischen manchen kirchenamtlichen Lehren und Vorschriften und der Praxis bzw. Meinung der meisten Gläubigen gehört ebenso dazu wie die Folgen der zunehmenden Auflösung fester Kirchenbindung zugunsten einer individuell gewählten Form von Christsein und Kirchlichkeit.

Die Referate und viele Diskussionsbeiträge der Tagung stimmten in ihrer Stoßrichtung weithin überein: Es täte der katholischen Kirche heute nicht nur gut, sondern es wäre für sie sogar höchst *notwendig*, den Glaubenssinn des Gottesvolkes in seinen verschiedenen Erscheinungsformen ernst zu nehmen, ohne ihn deshalb heilig zu sprechen oder gar zu verabsolutieren. Der „sensus fidelium“ ist eine eigenständige und unverzichtbare, wenn auch keine selbständige und unbefragbare Bezugsinstanz des Glaubens. Der Rückzug auf die Autorität angesichts gegenwärtiger Auflösungserscheinungen ist kontraproduktiv; es braucht Formen, in denen sich die öffentliche Meinung in der Kirche artikulieren kann.

Der Regensburger Dogmatiker *Wolfgang Beinert* ließ seinen Rückblick zur Geschichte der Vorstellung vom „sensus fidelium“ in die Feststellung münden, die Kirche sei nicht frei, den Glaubenssinn des Gottesvolkes ernstzunehmen; für das Lehramt sei der Glaubenssinn nicht verpflichtend, er dürfe von ihm aber auch nicht vernachlässigt werden. *Dietrich Wiederkkehr*, Fundamentaltheologe aus Luzern, plädierte vehement dafür, bestehende Monopole der Wahrheitsfindung und -verwaltung in der katholischen Kirche aufzusprengen, bisher erreichte Konsense in ihrer Bedingtheit zu entzaubern und statt dessen das Experiment zu wagen, die verschiedenen Subjekte in der Kirche erst einmal wirklich zu Wort kommen zu lassen. Die Freiburger Theologin *Sabine Pemsel-Maier* brach eine

Lanze für die Erfahrungen der Frauen und deren ekklesiologisch-theologische Bedeutung. Weihbischof *Helmut Krätzl* (Wien) warnte davor, Glaubenskonsens durch disziplinäre Maßnahmen zu erzwingen, und setzte auf eine neue Lehr- und Lerngemeinschaft in der Kirche.

Allerdings ist der „sensus fidelium“ – auch das wurde bei der Dogmatiker- und Fundamentaltheologentagung immer wieder deutlich – *keine in sich völlig geklärte, unstrittige Größe*, die man unesehen und unreflektiert als Hebel für innerkirchliche Reformen einsetzen könnte. Der massive Traditionsabbruch im kirchlichen Christentum des spätmodernen Europa, an den in Augsburg der Bielefelder Soziologe *Franz-Xaver Kaufmann* erinnerte, läßt die Frage unausweichlich werden, wer heute überhaupt wirklich zum Gottesvolk zu rechnen ist, dessen Glaubenssinn im Prozeß der kirchlichen Wahrheitsfindung stärker gewürdigt werden soll. Angesichts des verbreiteten Trends, eigene Erfahrungen und Ansichten zur unbefragbaren Bezugsgröße zu machen und nach dem Zerfall der herkömmlichen katholischen Milieus muß neu um die angemessene Vermittlung zwischen Pluralismus und Verbindlichkeit in der Kirche gerungen werden.

Im Grunde genommen erweist sich die Rede vom „sensus fidelium“ eher als *Problemanzeige* denn als Lösung. In der systematischen Theologie muß deshalb neu darüber nachgedacht werden, was Wahrheit des Glaubens meint und wie sich diese Wahrheit angesichts des heutigen „Relevanzverlusts der kirchlich-christlichen Diskurse“ (Franz-Xaver Kaufmann) verantworten und verkünden läßt. Ebenso klärungsbedürftig ist die Rede vom „Subjektsein“ der Gläubigen bzw. der verschiedenen Subjekte innerhalb des einen Gottesvolkes. Schließlich ist eine Bezugnahme auf den „sensus fidelium“ – in welcher Absicht auch immer – nur sinnvoll, wenn man sich klar darüber Rechenschaft ablegt, wie unter unseren gesellschaftlich-kulturellen Bedingungen Glauben angeeignet, gelebt, und weitervermittelt werden kann. ru